

Sphinx Russland

Die Duma-Wahlen, das Erdöl, der Fall Chodorkoswki und Europa

Gerd Weidenhausen

Russland ist nach dem Ende des sowjetischen Systems in der Weltökonomie nur noch als Rohstoffexporteur von Bedeutung. Militärisch und politisch verteidigt es mühsam den Status einer Regionalmacht, der aber aufgrund ihrer industriellen, technologischen und infrastrukturellen Defizite auch Merkmale eines Schwellen- bzw. Entwicklungslandes zukommt. Kulturell, besonders auf dem Gebiet der Literatur, entwickelt Russland aus Tradition ein hohes Maß an Produktivität und auch Attraktivität für eine gewiss auch romantisierende westliche Rezeption, wie die Frankfurter Buchmesse in diesem Jahr veranschaulichen konnte. Politisch gesehen bleibt Russland für das Gros der westlichen Beobachter eine Sphinx, ein meist mit Skepsis beargwöhntes Phänomen, das in regelmäßigen Perioden beobachtet und kommentiert wird. Ende 2003 boten die Dumawahlen im Kontext der Verhaftung des Oligarchen Chodorkowski dazu wieder einmal Anlass.

Das Wahlergebnis vom 7. Dezember war in seiner überwältigenden Zwei-Drittel-Mehrheit für Wladimir Putin ebenso wenig überraschend wie die geringe Wahlbeteiligung, die von 62 % 1999 auf 52 % sank und damit einiges über die politische Apathie der russischen Bevölkerung zum Ausdruck brachte. Diese ist der gesellschaftliche Nährboden einer etatistisch-autoritären Tradition des politischen Russland und koinzidiert mit der durch das Wahlergebnis eröffneten Möglichkeit für Putin, nun die Verfassung zu ändern, um sich gegebenenfalls für 2008 eine dritte Amtszeit genehmigen zu lassen. Ob mit dem Ergebnis der Dumawahlen Dezember 2003 der Weg von der »gelenkten Demokratie« in Richtung eines rigiden Autoritarismus also-wjetischer Provenienz vorgezeichnet ist, wie einige Beobachter behaupten, ist alles andere als ausgemacht. Auch der Fall Chodorkowski

berechtigt noch nicht zu solchen Unterstellungen. Dieser, Chef des Juko-Konzerns, wurde Oktober 2003 mit den Anklagepunkten des Betrugs, der Steuerhinterziehung und anderer Delikte auf Weisung der russischen Generalstaatsanwaltschaft in einer geradezu dramatischen Inszenierung verhaftet. Schnell erkannte die westliche Presse, dass die offizielle Version der Anklage, die sich auf zehn Jahre zurückliegende Vergehen stützte, wenig glaubwürdig war, zumal nach dieser Logik sämtliche Oligarchen Russlands hinter Gittern verschwinden müssten, war doch deren Reichtum in den seltensten Fällen auf legale und saubere Weise erworben. Ebenso schnell ging in der Presse auch die Befürchtung um, das freie Unternehmertum sei in Russland in Gefahr, die Pressefreiheit abgeschafft und der Geheimdienst in toto wieder an der Macht.¹ Während letztere Behauptung Zutreffendes beinhaltet, widerspricht erstere eindeutig den Tatsachen: Zum einen wurde Ende der 90er Jahre der Anteil des in privaten Unternehmen erzeugten Bruttoinlandsprodukts bereits für das Jahr 1997 auf 73 Prozent geschätzt,² seitdem sukzessive ansteigend. Zum anderen hatte das Staatseigentum bereits Ende der 90er Jahre nur noch einen Anteil von 17 %, seitdem sukzessive sinkend. Symptomatisch ist auch, dass die Börse nach Bekanntwerden von Chodorkowskis Rücktritt und seiner raschen Ersetzung durch Kukes relativ gelassen reagierte, was sie nicht täte, stünde der Kapitalismus und der Freie Markt auf dem Spiel. British Petroleum blieb im Kaufgeschäft mit der russischen Tiumen Petrol Company und die Deutsche Bank versicherte – so Nina Baschkatow in »Le Monde Diplomatique«, Dezember 2003 –, »sie werde 40 % einer russischen Investitionsbank übernehmen«, da »der russische Markt der größte und wichtigste in Europa« sei«. Noch andere Tatbestände

dokumentieren eher das Gegenteil als die Behauptung, mit der Verhaftung Chodorkowskis sei das Ende des freien Unternehmertums in Russland eingeläutet: Laut dem »Zeit«-Dossier vom 6. 11. 2003 mit dem etwas aufgeblasenen Titel »Das Imperium schlägt zurück« »bildeten sich ... acht Oligarchenreiche..., die heute mehr als 80 % der 64 größten Privatfirmen in Russland kontrollieren.« Der Umsatz der ersten zwölf der 64 reichsten privaten Gesellschaften Russlands ist nun zusammengenommen so groß wie die Einnahmeseite des Regierungsbudgets. Es geht also in dem in der Chodorkowski-Affäre virulent werdenden Konflikt zwischen den Vertretern der »Vertikalen der Macht« bzw. der »gelenkten Demokratie« und den so genannten Wirtschaftsliberalen bzw. den Oligarchen nicht, wie oft in der westlichen Presse pathetisch beargwöhnt, um die Putinsche Abschaffung des freien Unternehmertums, sondern um dessen effektivere Kontrolle, einer Kontrolle, die dem Staat längst entglitten ist.

Die Entstehung der Oligarchen

Die Gruppe der Oligarchen wurde zwischen 1993 und 1999 von der Präsidentenmacht der »Jelzin-Familie« geschaffen, die Jelzin dafür in gebührender Gegenleistung bei den Wahlen tatkräftig unterstützte. Im Ganzen sind sie das Ergebnis einer überstürzten und damit anarchischen Privatisierung. Vorläufer der Privatisierung, der »Prichwatisazija« des Jelzinregimes, sind schon in der Entfaltung der Schattenwirtschaft unter Breschnew zu finden. Schon zu Zeiten Chruschtschows, erst recht aber seit Breschnew und Tschernenko teilte sich der staatliche Handel in den offiziellen und den Schattenhandel. Letzterer führte zur Akkumulation von so genanntem Schattenkapital und in den gesellschaftlichen Grauzonen zu unterschwellig aufblühenden marktwirtschaftlichen Beziehungen, die die Schattenwirtschaft wiederum stärkten. Damit ging latent eine Kriminalisierung des Wirtschaftens einher: Schmiergeld wurde zu einem festen Bestandteil der sowjetischen Gesellschaft. Von der beginnenden Schatten-

wirtschaft der Chruschtschow-Ära bis zur vollendeten Korruption der Breschnew-Zeit reichte der Niedergang einer Planwirtschaft, die als Mangelwirtschaft kompensatorische Nebentätigkeiten geradezu zwangsläufig aus sich heraussetzte: Vom Staatsposten bis zum »Held der sozialistischen Arbeit« wurde alles verkauft, nebenbei ein Moralverfall, den man in der Staatspropaganda als ein dem Kapitalismus immanentes Phänomen zu wiederholen nicht müde wurde. Victor Timtschenko schildert in seinem Buch »Russland nach Jelzin« im Kapitel »Schattenwirtschaft und Zechowiki« die damaligen Zustände folgendermaßen: »Das Land war mit einem dichten Netz von illegalen Fabriken und Werken überzogen, die illegale Produktion wurde nicht nur durch den illegalen Handel (mit Milliarden Rubel-, sprich Milliarden Dollarumsätzen), sondern auch durch den legalen sowjetischen Handel vertrieben. Es gab auch genug korrumpierte einflussreiche Leute in den Rechtsschutz-, Sowjet-, und Parteiorganen, die ebenfalls Verbrechen verschleierten und verbargen, nicht unentgeltlich, versteht sich.«³

Schon 1988 war gemäß Berichten der Generalstaatsanwaltschaft, des Innenministeriums und des KGB klar, dass 80 % der Personen, die organisierte Verbrechergruppen leiteten und dirigierten, selber Leiter von Betrieben und anderen staatlichen Organisationen waren. D.h., dass die schattenwirtschaftenden Gruppen schon vor Gorbatschows Glasnost und Perestroika den Marsch Richtung Kapitalismus innerhalb des Staatssozialismus vorbereiteten, flankiert von einer gewissen »Parteimafia«. Später vollzogen sich dann unter diesen Auspizien gar nicht mehr so merkwürdig erscheinende biografische Metamorphosen vom Komsomol-Funktionär zum Dollarmilliardär in Serie, von denen die des russischen Oligarchen Chodorkowski nur die aktuellste und bekannteste Version ist. Die offizielle Geburtsstunde des Kapitalismus ortet nicht nur Margareta Mommsen, Professorin an der Universität München, in der Gorbatschow-Ära: »Die Geburtsstunde eines freien Unternehmertums lag in der Liberalisie-

rung der Handelsstrukturen zu Beginn der ökonomischen Perestrojka Gorbatschows. Die so genannte »Komsomol-Ökonomie« hatte ihren Ursprung in der ZK-Resolution von 25. Juli 1986, der zufolge der kommunistische Jugendverband Komsomol auf dessen eigene Initiative hin Spielräume zur Errichtung freier Handelsstrukturen erhielt. ... Es entstanden die ersten Privatbanken. Im Zuge der Privatisierung der Großunternehmen bildeten sich neue finanzindustrielle Gruppen heraus.«⁴

Gorbatschows Gesetz über die Kooperative, das die Legislative ohne juristische Begründung, geschweige denn transparente Umsetzungsmechanismen passierte, hatte zur zweifelsohne unbeabsichtigten Folge, dass kriminell erwirtschaftetes Geld gewaschen und in den legalen Wirtschaftskreislauf transferiert werden konnte. Über Nacht konnte jeder Unternehmer werden. Scheinkonkurse, fingierte Geschäfte und Scheinkooperativen florierten. Der entscheidende Schritt Richtung Raubkapitalismus und Oligarchie geschah jedoch in der Jelzin-Ära in Gestalt der nach den Forderungen des Internationalen Währungsfonds durchgeführten Privatisierung der Staatsunternehmen. Diese begann mit der so genannten »Voucherprivatisierung«, nach der jeder Bürger in den Besitz von Anteilsscheinen an den privatisierten Betrieben kommen können sollte, so die Behauptung des damaligen Privatisierungsministers Tschubais. Die idyllische Vorstellung vom »Volkseigentum« an den allen zugänglichen Staatsbetrieben in Form eines Aktien-Streubesitzes verkehrte sich in der realen Praxis der Privatisierung zu einer einmaligen Konzentration der Kontrolle ganzer Industriezweige und Rohstoffkonsortien in wenigen Händen. Damit war die Geburt der für das heutige Russland so typischen Oligarchen besiegelt. Die Präsidentenmacht Jelzins übergab den künftigen Oligarchen zu Spottpreisen industrielle und infrastrukturelle Eigentumsobjekte, die im Gegenzug Jelzins Präsidentenwahlkampf 1996 finanzierten und staatliche Kompetenzen je nach Laune und Bedarf aushebelten. Von einer staatlichen Ordnung

konnte im nachsowjetischen Russland nicht mehr gesprochen werden, vielmehr lag eine völlige Privatisierung des Politischen vor, also der antithetische Umschlag des ehemals totalen Sowjetstaates, in dem alles Private ausgelöscht war. Die nunmehr totale Privatisierung der Politik wurde von folgenden Bank- und Industriearistokraten vorangetrieben. Der Verschmelzung von Oligarchen und politischer Führung wollte Putin von Anfang an einen Riegel vorschieben,⁵ auch wenn er mit Hilfe einiger Oligarchen an die Macht gelangte.

Der Fall Chodorkowski

Zehn Jahre nach der Privatisierungswelle der staatlichen Industrieunternehmen, Rohstoffkomplexe und Immobilien scheint die Verhaftung des mächtigen Chodorkowski der Versuch der in Oligarchenkreisen verhassten und dem gemäß titulierten »Tschekisten« zu sein, die »staatliche Vertikale« durch Einschränkung der Macht der Oligarchen zu stärken. Dabei bildet der 39-jährige Chodorkowski das typische Beispiel einer Oligarchen-Karriere, an dem staatlicherseits ein Exempel statuiert werden kann. Michael Chodorkowski schloss 1986 erfolgreich das Studium für Chemietechnik in Moskau ab und wurde Ingenieur. Als Student brachte er es zum Sekretär des Komsomol-Komitees an der Universität, was gleichsam das Sprungbrett zu seiner Karriere als »Businessman« war. In der Zeit der Perestrojka wurde Chodorkowski Leiter eines vom Komsomol unterstützten »Zentrums für zweigübrereifende wissenschaftlich-technische Programme«, in dem Marktforschungen für Industriebetriebe getätigt wurden. Nebenher agierte der angehende Jungunternehmer mit dem teils legalen, teils illegalen Handel von Computern, Jeans usw. Angeblich verfügte der erfolgreiche Jungunternehmer schon 1988 nach erst zweijähriger Tätigkeit über ein Jahreseinkommen von über 130 Millionen Dollar. Damit gründete er die MENATEP, eine der ersten lizenzierten Privatbanken in der ausgehenden Sowjetunion. Unter Jelzin betreute die MENATEP

dann die Finanzen des Finanzministeriums und der Moskauer Stadtverwaltung. 1995 eignete sich Chodorkowski in seinem bisher größten Coup den Staatskonzern JUKOS an. Mit der geplanten Fusion mit SIBNEFT 2003 wurde Chodorkowski zum potentiell größten Gegenspieler Putins in einem Machtpoker mit damals noch offenem Ausgang. Auslöser der Chodorkowski-Affäre war ein Bericht russischer Wissenschaftler des »Rates für Nationale Strategie« (SNS), laut dem die Jukos-Konzernleitung gegen den russischen Präsidenten und die Staatsordnung insofern agiere, als sie es auf eine Umwandlung der russischen Präsidentialrepublik in eine präsidentialparlamentarische Konföderation abgesehen habe. Zu diesem Zweck intendiere die Konzernleitung die Finanzierung Putin gegenüber kritischer Parteien, die die Macht in der Duma als Voraussetzung Chodorkowskis künftiger Präsidentschaft erringen sollten. Infolge dieses Berichtes wurde am 2. Juli 2003 die Nummer zwei des Konzerns, Platon Lebedew, verhaftet. Doch im Falle des Vorgehens gegen Chodorkowski lassen sich über genannte etwaige innenpolitische Motive noch andere ausmachen, die sich aber sämtlich dem Versuch Putins subsumieren lassen, die Privatisierung der Politik unter Jelzin rückgängig zu machen und die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft überschaubaren Prozeduren und klaren Regeln zu unterwerfen. Denn nach wie vor, so die Auffassung in Putins Regierungsmannschaft, sei der Einfluss der Industrie- und Bankbarone auf die Politik in Russland zu groß und die Bestechung von Richtern, Abgeordneten, Gouverneuren und Ministern an der Tagesordnung. So wurden in den letzten Jahren in vierteljährlich stattfindenden Treffen zwischen Putin, seinem Ministerpräsidenten Kasjanow u. a. mit zwei Dutzend Vertretern des Unternehmerverbandes Regeln des gegenseitigen Umgangs der Staats- mit den Unternehmerinteressen festgelegt, unter anderem ein Stillhalteabkommen, nach dem der Staat der Wirtschaft ungestörte Arbeitsbedingungen garantierte, wofür sich die Oligarchen im Gegenzug verpflichteten, sich aus den politischen

Händeln herauszuhalten. Diesen »Nichtangriffspakt« hat Chodorkowski in den Augen des Kreml nicht nur mit besagten innenpolitischen Schachzügen gebrochen: Weitaus mehr als Chodorkowskis doch als fiktional einzustufende Ambitionen aufs Präsidentenamt scheint dessen transnationale Konzernpolitik den Kreml beunruhigt zu haben: Nach der Fusionierung von Chodorkowskis Ölkonzern Jukos mit SIBNEFT April 2003 entstand eine Konzernmacht mit einem geschätzten Marktwert von 35 Milliarden Dollar und einer Förderkapazität von 30 % des russischen Erdöls. Tomas Avenarius zitiert in dem Artikel »Die Zähmung der Oligarchen« hierzu den US-Politologen Peter Rutland in der »Moscow Times« mit folgenden Worten: »Es war Chodorkowskij's aggressive Geschäftspolitik und nicht sein angeblicher Einsatz für mehr Demokratie, was die Alarmglocken in Regierungskreisen schellen ließ.« Diese, und damit ist das dritte Motiv für das staatliche Vorgehen gegen Chodorkowski angesprochen, stellte außerdem die staatliche Kontrolle des Pipelinesystems in Frage, insofern parallel zu diesem ein privates Röhrennetz errichtet werden sollte. Dazu bemerkt Avenarius in besagtem Artikel: »Die Kontrolle des Öltransportes über den staatlichen Pipeline-Verwalter Transneft ist nach der Privatisierung der Förderstätten einer der wenigen Hebel, den der Kreml gegenüber den Ölbaronen hat: Die Pipelines sind ein Machtinstrument, Russland setzt sie im Umgang mit den Nachbarstaaten zweckdienlich ein. Etwa im Streit um die Frage, wie der zentralasiatische Ölreichtum auf die Märkte gebracht werden kann.«

Europa und insbesondere Deutschland beziehen inzwischen nahezu ein Drittel seiner Gas- und Ölimporte aus Russland. In naher Zukunft wird über die Hälfte des Erdgasverbrauchs deutscher Haushalte aus Russland kommen, womit sich unter anderem auch die auffällige Zurückhaltung erklären lässt, mit der Putins Vorgehen gegen die Oligarchen seitens der Politiker Deutschlands und Europas kommentiert wird. Zu diesem Bild passt auch, dass die deutschen Energieversorger wie

Ruhrgas traditionell auf den Staatskonzern Gazprom setzen. Dennoch bleibt das politische Verhältnis Europas und Russlands von geradezu typischen Wechselfällen und Diskontinuitäten nicht verschont: Das kürzlich formulierte Veto aus Brüssel durch die EU-Administration, angeleitet durch den britischen Außenkommissar Patten und den spanischen Finanzkommissar Solbes, könnte die Zukunftsträume der russisch-europäischen Kooperation auf dem Energiesektor platzen lassen: Auch der Bau einer Pipeline durch die Ostsee, den Schröder und Putin vor kurzem in Jekaterinburg vereinbart hatten, könnte diesem Veto zum Opfer fallen. Scheitert die geplante Ostsee-Pipeline, müsste Europa seinen Mehrbedarf über die US-Multis decken.

Doppelgänger Russlands

Der russische Schriftsteller Viktor Jerofejew charakterisierte in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 2. 11. 2003 in dem Essay »Unser Albtraum« eine spezifisch russische Konstellation und Problematik, ohne deren Berücksichtigung jedes Urteil ein Vorurteil bleiben muss. Es heißt dort: »Die russische Staatsmacht verfügte schon immer über die Fähigkeit, Dinge zu tun, die im Westen Abscheu hervorrufen«, womit anscheinend auf die Nacht- und Nebelaktion der Verhaftung Chodorkowskis und auf die Art der Kriegsführung in den Tschetschenien-Konflikten angespielt wird. Der Autor fügt aber zugleich hinzu: »Psychologisch kann ich die wachsende Gereiztheit der Machthaber verstehen. ... Im Land gibt es keine elementare Ordnung. Die russischen Gesetze waren immer derart inhuman, dass es als Heldentat und nicht als Verbrechen galt, sie zu umgehen. Die Regierung will nicht zurück zum Kommunismus, stützt sich aber auf das Grundmodell russischer Staatlichkeit, das nur die Machtvertikale anerkennt, und zwar nur eine einzige. Die ewige Furcht, dass sonst das riesige und sehr lange Land knirschend entzweibricht ..., ist der nächtliche Albtraum der russischen Machthaber.« Russlands liberale Ressourcen sind auch deshalb gering, weil sie historisch

seltenst aus der Mitte der Gesellschaft erkämpft wurden. Revolutionen, aber auch liberale Reformen wie Glasnost und Perestrojka waren stets staatlich verordnet und nur rudimentär von der gesellschaftlichen Basis initiiert und getragen. Nebst dieser spezifischen Form politischer Abstinenz dominiert in Russland seit langem ein Rechtsbewusstsein, das in westlicher Sicht als Rechtsnihilismus erscheinen kann: Statt formaler Rechte und geregelter Rechtsprozeduren wird der »höhere Wert« der Gerechtigkeit anerkannt, der auf Vertrauen und Autorität, also auf persönlichen Beziehungen, beruht und somit Momente des Willkürlichen mit einschließt. So sind Personen- und Klientelverhältnisse gesellschaftlich sanktioniert.

Die westliche Wahrnehmung Russlands oszillierte stets zwischen der literarisch vermittelten romantisierenden Verklärung eines unerforschlichen Seelenlandes und der eher politisch motivierten schroffen Ablehnung eines unterstellten Gewalttätigen und Archaischen, das zivilisatorischer Belehrung bedürfe. Umgekehrt fungiert im russischen Diskurs Europa – nahezu analog dem europäischen über Russland – als das »Andere« Russlands, das um der Konstituierung einer russischen Identität willen nötig ist. In diesem Fokus spielen sich seit über hundert Jahren die berüchtigten Debatten zwischen den »Slawophilen« und den »Westlern« ab, denen anscheinend kein Ende beschieden ist.⁶ So wie einst das Schreckgebilde Sowjetunion – weit mehr als der Humanismus, die Aufklärung, die Demokratie und die Marktwirtschaft – »den Westen« machtpolitisch zusammenzuschweißen vermochte, so scheint besonders im »slawophilen« Diskurs Europa der Zerrspiegel zu sein, an dem sich »russische Identität« bilden kann. Insgesamt kommen aber diesem Spiegeleffekt zwei Funktionen zu: Im erwähnten Falle der Projektion des Feindbildes »Europa« projiziert man auf das »Andere« das, was man in sich selbst verdrängt oder verschläft. Im zweiten Falle zeigt sich ein Bild der Bewunderung des »besseren« Europa, von dem Assen Ignatow sagt: »Dieses Europa erweist sich als eine Art Doppelgänger Russlands.«⁷

Es stellt sich angesichts dieser Überlegungen die Frage, ob sich nicht auch der westliche Blickwinkel auf Russland allzu oft unreflektierten Projektionen verdankt, die an dessen Realität bemängeln, über was man hierzulande geflissentlich hinwegsieht. Garantiert »der Westen« in dem Sinne und uneingeschränkt demokratische Gepflogenheiten, wie er sie von Russland periodisch immer wieder einfordert? Mutet es nicht eigentümlich an, dass das Gros der westlichen Presse, ganz im Bann der Glaubensdogmen des Neoliberalismus, sich um das Schicksal der Oligarchen besorger zeigt als um die mehr als 140 Millionen Opfer des postkommunistischen Zusammenbruchs, die in Verhältnissen leben, die im Westen als weit unter der Armutsgrenze taxiert würden? Auch kann verwundern, dass Leute, die bisher meist als zwielichtige Geschäftsleute, Betrüger oder gar als Mafiapaten ausgewiesen wurden, über Nacht zu Freiheitskämpfern mutieren, nur um des Nachweises willen, dass Russland in Sachen Demokratie und Freier Marktwirtschaft Nachholbedarf hat. Dass die Form der Putinschen Machtvertikale, die »gelenkte Demokratie«, für die gesellschaftlich in langen historischen Prozessen gewachsenen westlichen Demokratien alles andere als erstrebenswert gelten kann, ist selbstverständlich. Es stellt sich aber, aus der Perspektive der spezifischen Situation Russlands nach der Implosion des Sowjetsystems und der sich daran anschließenden Ausbreitung eines anarchischen Kapitalismus, die Frage, was eine Schwächung des Staates und eine weitere Stärkung der Oligarchen für Russland bedeuten würde. Es stellt sich weiterhin die Frage, ob die in den meisten Kommentaren ventilierte Alternative zwischen der Position der staatlichen Machtvertikale auf der einen und der freien Marktwirtschaftler, sprich oligarchischen Demokratieförderung auf der anderen Seite, nicht eine Scheinalternative ist.

Anmerkungen:

1 So der Tenor in der »Zeit« vom 6. 11. und vom 14. 12. 2003. Siehe auch die »Frankfurter Rundschau« vom 29. 10. 2003 und die »Süddeutsche

Zeitung« vom 18. 11. 2003. Der folgende Beitrag wird sich unter anderem auf Artikel in genannten Ausgaben beziehen.

2 Nach J. Priewe: *Privatisierung und Transformation*, in: »Osteuropa-Wirtschaft«, 1/2000.

3 Viktor Timtschenko: *Russland nach Jelzin*, Hamburg 1998, S. 61.

4 Margareta Mommsen: *Wer herrscht in Russland?*, München 2003, S.41-72. Siehe zu diesem Thema auch Vadim Belotserkovsky: *Was geschieht mit Russland?*, Bergisch - Gladbach, 1996. Tanja Wagensohn: *Russland nach dem Ende der Sowjetunion*, Regensburg 2001. Alexander Busgalin/ Andrej Kolganow: *Russland – die neue Gefahr aus dem Osten?*, Berlin 1996, S.50- 70. *Russland – Was tun?* Herausgegeben von der Alfred Herrhausen Gesellschaft, München 1997. Valentin Falin: *Konflikte im Kreml*, München 1997, S.41-72. Die ausführlichste Analyse der Wirtschaftsreformen unter Gorbatschow gibt Archie Brown in: *Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht*, Frankfurt, Leipzig 2000.

5 Siehe dazu: Alexander Rahr: *Wladimir Putin. Der »Deutsche« im Kreml*, München 2000. Wolfgang Seiffert: *Wladimir W. Putin. Wiedergeburt einer Weltmacht?* München 2000. Werner Adam: *Das Neue Russland. Putins Aufbruch mit schwerem Erbe*, Wien 2000. *Foreign Affairs, March/April 2000: Putin's Problems*. Darin besonders: Lee Wolosky: *Russia's Plundering Plutocrats*. Viktor Timtschenko: *Putin und das neue Russland*, München 2003. Margareta Mommsen: *Sphinx im Kreml*, in: »Internationale Politik«, 5/2000. Heinrich Vogel: *Das System Putin*, in: »Internationale Politik«, 10/2001.

6 Siehe dazu: Gabriele Gorzka, Peter W. Schulze (Hrsg.): *Auf der Suche nach einer neuen Identität. Russland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, Bremen 1998.

7 Zitiert aus: *Europa im russischen Diskurs: Die neueste Phase einer alten Debatte*, S. 27. In: *Russland in Europa. Innere Entwicklungen und internationale Beziehungen – heute, Köln, Weimar, Wien, Böhlau 2000*. Eine umfangreiche Untersuchung der Geschichte dieses Diskurses liefert Alexander von Schelting in: *Russland und Europa im russischen Geschichtsdenken*. Edition tertium.

Autorennotiz:

GERD WEIDENHAUSEN, geb. 1955 in Marburg/Lahn. Besuch der Freien Waldorfschule in Marburg. Studium der Diplom-Pädagogik an der Philipps-Universität Marburg und der Kunsttherapie und Kunstpädagogik in Ottersberg. 1985-1987 Tätigkeit als Sozialpädagoge. Seit 1988 Fachlehrer für Kunst und Kunstgeschichte an der Freien Waldorfschule in Esslingen.